

Informationen aus der Geschäftsstelle

Merseburg, 11.03.2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor uns liegen zwei Jahre wichtiger Weichenstellungen: Personalratswahlen am 26. Mai 2010 und die Landtagswahlen im März 2011.

Das neue Jahrzehnt bricht in der Bildungspolitik so an, wie das alte aufgehört hat: Es wird sich heftig gestritten um die bestmögliche Schule für alle Kinder. Dass dabei von Seiten der LINKEN, der SPD und der GEW wieder das alte Gespenst „integrierte Gesamtschule“ aus der Mottenkiste geholt wird, mag nicht verwundern. Eine Gesamtschule kann das Gymnasium bestenfalls ergänzen, aber niemals ersetzen. Da aber dieses Modell, das seit 1969 in Nordrhein-Westfalen und später im gesamten Bundesgebiet installiert wurde, in ihren selbst gestellten Ansprüchen gescheitert ist, nennt man dieses angeblich „gemeinsam längere Lernen“ jetzt Gemeinschaftsschule oder Allgemeine Oberschule. Damit versucht man, Erinnerungen an die POS wach zu halten, die natürlich viele von uns durchlaufen und nicht in schlechtester Erinnerung behalten haben. Aber das System war ein anderes, die Wissensgesellschaft ist in den vergangenen Jahren explodiert und so lassen sich die einstigen Bildungsansprüche nicht mehr an denen von heute messen. Vergleichen Sie ein schriftliches Mathematikabitur, einen Deutschaufsatz oder eine Englischabschlussarbeit von 2009 mit den Aufgabenstellungen aus der Vorwendezeit – Sie werden schnell die Unterschiede feststellen. Übrigens durften vor der Wende nur ca. 10 % der Schülerinnen und Schüler eines Jahrganges die EOS besuchen, eine Elitebildung reinster Ausprägung also.

Der Philologenverband setzt sich vorbehaltlos für das leistungsorientierte, begabtgerechte Schulsystem ein und jedem müsste inzwischen bekannt sein, dass Schülerinnen und Schüler in homogenen Lerngruppen besser zur Berufsbildungsreife oder zur Hochschulreife gelangen als in heterogenen Klassen. Unser Ziel ist es, die Klassenstärken in allen Schulformen zu verringern, um Kinder und Jugendliche, gemäß ihren natürlichen Voraussetzungen, individuell zu einem Abschluss zu führen, der ihnen die Basis für einen guten Start in ein erfolgreiches Berufsleben bietet. Nicht Einheitsschule ist die Alternative, sondern eine möglichst große Vielfalt an naturwissenschaftlichen, sprachlichen, gesellschaftswissenschaftlichen, künstlerischen, sportlichen und musischen Angeboten in unterschiedlichen und durchlässigen Schulformen. Unsere Schülerinnen und Schüler brauchen individuelle Förderung auf dem Weg zum Gipfel, denn es gibt unterschiedliche Wege zum Ziel eines jeden: „Die einen sind schnell und wagemutig, sie brauchen alle paar Meter einen Felsüberhang, damit sie sich nicht langweilen. Die anderen kommen etwas langsamer vorwärts, sie brauchen ein Geländer am Weg und Sanitäter in Reichweite, falls sie stürzen.“ (DER SPIEGEL 46/2009, S. 153) Bildung wird zunehmend als reine Sozialpolitik missverstanden, und das hat Auswirkungen auf die großen Herausforderungen in der modernen Gesellschaft: Die Leistungsbereitschaft sinkt mit zunehmender Tendenz von Gleichmacherei. Auch ist es das einzige Wirkungsfeld, auf dem Landespolitiker nach der Wahl reformieren können, oft zu Lasten der Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer.

Es ist die erklärte Absicht der SPD, die Gymnasien zukünftig nur noch von Klassenstufe 9 - 12 zu erhalten. Mit Beginn des Schuljahres 2014/15 sollen die so genannten AOS dann „aufwachsend in der neuen Struktur“ arbeiten. Natürlich soll wieder binnendifferenziert werden, eine Quadratur des Kreises, die schon in der „Förderstufe“ kläglich gescheitert ist. Ein Gemeinschaftsabitur für alle auf niedrigem Niveau wäre die katastrophale Folge einer solchen „Reform“.

Die LINKE will das Gymnasium in der ersten Legislatur bis 2016 als selbstständige Schulform im heutigen Zustand belassen, in diesem Zeitraum allerdings die Sekundarschulen im Bildungsangebot an das der Gymnasien schrittweise angleichen (!), um nach 2016 dann mit der „Allgemein bildenden Gemeinschaftsschule“ die völlige Aufhebung unterschiedlicher Schulformen zu erreichen. Das Gymnasium müsste dann als „selbstständiges Bildungsangebot von Schuljahrgang 10 bis 12“ ausreichen.

Die GEW-Führung hat mit ihrem eindrucksvollen Bekenntnis zur LINKEN auf deren Parteitag im November 2009 und mit ihrem Plädoyer im Bildungskonvent für ein „gemeinsames längeres Lernen“ wieder einmal deutlich unterstrichen, dass sie für die Beseitigung des achtjährigen Gymnasiums steht und damit sowohl die anerkannte Hochschulreife für unsere Abiturienten, als auch unsere Arbeitsplätze an dieser Schulform gefährdet – zugunsten einer ideologisch begründeten Schulstrukturdebatte. In Vorbereitung der Personalratswahlen umwirbt die Gewerkschaft, die auf „Stärke“ setzt, die Lehrerschaft an den weiterführenden Schulen. In Ihrem Aufruf zum Personalratswahlkampf brüstete sich die GEW damit, verhindert zu haben, dass „noch mehr Kolleginnen und Kollegen durch das Land fahren oder die Schulform wechseln mussten.“ Sie haben „vergessen“, den zweiten Teil der Wahrheit hinzuzufügen: Wenn sich ihre Politik von der Einheitsschule mit Einheitslehrern durchsetzen sollte, dann wird es einen Sturm der Völkerwanderung geben, gegen den sich die gewaltigen Personalverschiebungen der letzten zwölf Jahre (übrigens seit Beginn der Förderstufe, die von der GEW initiiert wurde) wie ein laues Lüftchen ausnehmen. Dann werden die Eltern mit den Füßen abstimmen, denn sie lassen sich eine Einheitsschule nicht verordnen. Diejenigen, die solche unnützen Reformen anstreben, sollten so ehrlich sein und ihren Wählern oder Mitgliedern sagen, dass nicht nur die Gymnasien zerstört werden, sondern auch die Grundschulen überflüssig werden, weil sie dann in einer allgemeinen AOS aufgehen würden. Weil wir mit der utopischen Entgeltforderung „E 14“ für alle die große Gefahr sehen, dass damit der universell einsetzbare Lehrer möglich wird, können wir an solcherart – nahezu aussichtslosen Verhandlungen – nicht teilnehmen.

Der Philologenverband Sachsen-Anhalt setzt sich weiterhin für günstige Teilzeitregelungen ein und fordert seit Jahren die bundesweite Neuauflage des Altersteilzeitvertrages, denn viele Kolleginnen und Kollegen wünschen es und haben es redlich verdient, nach über 30 Dienstjahren, langsam in den Ruhestand eintreten zu können. Aufgrund jahrelanger verfehlter Einstellungspraxis in der Bundesrepublik fehlen uns jetzt junge Kolleginnen und Kollegen.

Wenn Sie

es für richtig halten, dass unsere Schüler begabtgerecht gefördert werden, weil ihnen der Zugang zu unterschiedlichen Schulformen nicht verwehrt wird,

wünschen, dass unser Abitur weiterhin anerkannt bleibt und ein Studium ohne Eingangsprüfungen aufgenommen werden kann,

sich nicht für die Einführung einer doppelten Förderstufe begeistern können,

Ihren eigenen Arbeitsplatz am Gymnasium nicht gefährden wollen,

nicht ständig versetzt und abgeordnet werden möchten,

nicht wieder eine neue Schulreform ohne erkennbaren Nutzen aller voller Unsicherheit ertragen wollen,

dann engagieren Sie sich mit uns gemeinsam für den Philologenverband. Wir hoffen auf Ihre tatkräftige Unterstützung unserer Kandidaten für die Haupt- Bezirks- und Schulpersonalratswahlen.

Geschäftsführender Vorstand des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt